

Sieben Aufgaben für die neue Regierung

Die zukünftige Regierung übernimmt mindestens sieben pendente Vorstösse des Landtags. Die älteste Pendenz kommt aus dem Jahr 2015.

Patrik Schädler

In der Dezember-Session wird die Regierung den Landtag über den momentanen Stand der Bearbeitung von Motionen und Postulaten informieren. Zur Zeit hat die Regierung acht Vorstösse noch nicht erledigt – ein Vorstoss wird jedoch noch in der nächsten Sitzung abgeschlossen. Einige Pendenzen zieht die Regierung schon seit Jahren mit. Die älteste Motion stammt aus dem Jahr 2015. Und dies obwohl die Regierung verpflichtet wäre, Motionen innerhalb von zwei Jahren zu erledigen. Doch auch die aktuelle Regierung hat es bei vier Vorstössen aus der letzten Legislatur nicht geschafft, sie in den vergangenen vier Jahren zu erledigen. Und dies sind die offenen Hausaufgaben, welche auf die Tische der neuen Regierungsglieder wandern:

Motion: Vereinheitlichung der Anlaufstellen und der Bemessungsgrundlagen im Sozialbereich
Eingereicht: 1. Oktober 2015
Ministerium für Gesellschaft

Zu diesem Vorstoss schreibt die Regierung seit Jahren die gleiche Begründung. Ein Teil sei bereits umgesetzt und der Rest sei erst mit der Fertigstellung der Arbeiten zur Schaffung eines Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) möglich. In einer Kleinen Anfrage im März 2024 erklärte Ge-

sellschaftsminister Manuel Frick, dass geplant sei, noch in diesem Jahr eine Vernehmlassung zu starten. Ob dies noch eingehalten werden kann, ist fraglich. Somit wird sich wohl nächstes Jahr der dritte Gesellschaftsminister damit befassen müssen.

Motion: Gleichberechtigung aller Landesbürger in den Gemeinden
Eingereicht: 8. Mai 2019
Ministerium für Inneres

Auch dieser Vorstoss stammt aus der letzten Legislaturperiode. Die Regierung schreibt dazu: «Aus Ressourcengründen musste die Beantwortung zurückgestellt werden. Ziel ist es, in dieser Legislatur noch eine Vernehmlassung der von der Motion gewünschten Abänderung des Gemeindegesetzes durchzuführen.» Vielleicht kommt also noch etwas.

Motion: Stärkung der Familien- und Erziehungsarbeit
Eingereicht: 4. September 2019
Ministerium für Gesellschaft

Ebenfalls ein Erbstück des letzten Ministers für Gesellschaft Mauro Pedrazzini. Der heutige Minister Manuel Frick schreibt dazu: «Die Motion wird auf Grundlage der Altersstrategie weiterbearbeitet.» Im letzten Jahr erklärte Manuel Frick noch, dass mit einer Beantwortung durch die Regierung im ersten Halbjahr 2024 zu rechnen sei.



Die offenen Pendenzen betreffen alle die Ministerien von Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Regierungsrat Manuel Frick. Vier Vorstösse haben sie schon «geerbt». Bild: ikr (6.2.2024)

Postulat: Stärkung des Forschungs- und Innovationsplatzes
Eingereicht: 6. Mai 2020
Ministerium für Wirtschaft

Das Postulat lädt die Regierung ein, «verschiedene Massnahmen hinsichtlich einer Stärkung des Forschungs- und Innovationsplatzes Liechten-

stein zu prüfen». Die aktuelle Wirtschaftsministerin Sabine Monauni erklärt: «Aus Ressourcengründen musste die Beantwortung zurückgestellt werden.» Am Ende der letzten Legislaturperiode 2020 hiess es von ihrem Vorgänger im Wirtschaftsministerium Daniel Risch: Man werde die Antworten im zweiten Halbjahr 2021 liefern.

Motion: «Casino-Bremse» für Liechtenstein
Eingereicht: 9. Juni 2021
Ministerium für Wirtschaft

Der Landtag hat im November 2022 ein Moratorium für neue Casinos beschlossen. Die Regierung hält fest, dass im Januar 2025 das Abkommen über den Austausch gesperrter

Spieler zwischen Liechtenstein und der Schweiz in Kraft tritt. «Erst nach der Evaluation dieser Konsequenzen wird es möglich sein, faktenbasiert über die weitere Gestaltung der Geldspielabgabe zu entscheiden.»

Postulat: Spezialisierte Palliative Care in Liechtenstein
Eingereicht: 2. September 2021
Ministerium für Gesellschaft

Regierungsrat Manuel Frick hat dem Landtag am 1. September 2022 eine Beantwortung vorgelegt. Die Mehrheit war aber nicht zufrieden damit, und so wurde das Postulat nicht abgeschrieben. Die Regierung schreibt: «Das Postulat bleibt pendent.»

Motion: Einführung eines AHV-Beitragsschwellenwerts
Eingereicht: 4. Oktober 2023
Ministerium für Gesellschaft

Dieser Vorstoss ist seit letzter Woche nur noch «halb pendent». Das Ministerium für Gesellschaft hat ein entsprechendes Gesetz in die Vernehmlassung geschickt. Die Regierung schlägt vor, den Schwellenwert bei 3000 Franken pro Arbeitsverhältnis und Jahr festzulegen. Für Einkommen unter diesem Betrag wären somit keine Sozialversicherungsbeiträge nötig, eine freiwillige Einzahlung an die AHV soll jedoch weiter möglich sein. Bei dieser Pendenz ist somit die Hauptarbeit bereits geleistet.